

Berlin, 28.11.2016

Gemeinsame Stellungnahme zu den Ergebnissen der Klimakonferenz in Marrakesch und dem Klimaschutzplan 2050 der Bundesregierung

Genau zwei Tage vor Beginn der Klimakonferenz in Marrakesch, am 4. November, trat das Pariser Klimaabkommen in Kraft: Die kritische Schwelle von 55 Staaten, die zusammen mehr als 55% der globalen Treibhausgasemission verursachen, war erreicht. Noch nie zuvor ist ein internationales Abkommen in so kurzer Zeit von so vielen Staaten unterzeichnet worden.

Doch trotz aller Euphorie nach Paris liegt noch jede Menge Arbeit vor uns. Die Verhandlungen in Marrakesch drehten sich in erster Linie um die Interpretation des Pariser Abkommens und um Regeln für dessen konkrete Umsetzung, die in einem so genannten „rule book“ ausbuchstabiert werden sollen. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Informationen die Länder in den regelmäßigen Berichten über ihre Anstrengungen auf nationaler Ebene bereitstellen müssen, wie diese Berichte vereinheitlicht und vergleichbar gemacht und wie Staaten für mangelnde Umsetzung zur Rechenschaft gezogen werden können.

Außerdem stand die Klimafinanzierung in Marrakesch ganz oben auf der Agenda. 2009 hatten die Industriestaaten bei der Klimakonferenz in Marrakesch zugesagt, ab 2020 jährlich 100 Milliarden USD für Klimaschutz und -anpassung in Ländern des Globalen Südens bereits zu stellen. Über die Frage welchen Anteil an der Gesamtsumme die entsprechenden Staaten beisteuern sollen gab es allerdings auch in Marrakesch keine Einigung und die Entscheidung wurde weiter vertagt.

Für uns als zivilgesellschaftliche Organisationen die für Geschlechtergerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit in der Klimapolitik kämpfen, war in Marrakesch in erster Linie von Bedeutung, wie Formulierungen zu Menschenrechten, Geschlechtergerechtigkeit, den Rechten Indigener und kommender Generationen, die im Pariser Abkommen zwar in der Präambel aufgelistet werden, aber im operativen und völkerrechtlich verbindlichen Teil des Abkommens weitestgehend fehlen, besser in den Beschlüssen unter dem Pariser Abkommen verankert werden können. Leider wurden diesbezüglich in Marrakesch kaum Fortschritte erzielt.

Ein großer Erfolg, der von den Medien leider nicht aufgegriffen wurde, ist die Verlängerung und Erweiterung des Lima Work Programme on Gender, das 2014 in Lima auf den Weg gebracht wurde und zunächst auf zwei Jahre begrenzt war. In Marrakesch einigten sich die Staaten nun darauf es für weitere drei Jahre fortzusetzen und auszuweiten. Ziel des Arbeitsprogramms ist es, eine ausgewogene und gleichberechtigte Beteiligung von Männern und Frauen im internationalen Klimaprozess zu erreichen sowie Gender-responsive Klimapolitik in allen Bereichen – von Klimaschutz und -anpassung über Klimafinanzierung, Technologieentwicklung und -transfer bis hin zu Kapazitätsaufbau – voranzutreiben. Um dies zu erreichen, soll im kommenden Jahr ein Gender Action Plan entwickelt werden, der entsprechende Schritte und Maßnahmen enthalten soll. Darüber hinaus beauftragten die Vertragsstaaten das Klimasekretariat unter anderem damit jährliche Workshops zu Gender-responsiver Klimapolitik zu veranstalten und spezielle Trainings für weibliche Delegierte anzubieten. Wir begrüßen außerdem, dass die Staaten in dem neuen Beschluss dazu angehalten

werden, auf nationaler Ebene so genannte „gender focal points“ einzurichten – also eine Institution ins Leben zu rufen, die sich auf nationaler Ebene mit der Entwicklung, Umsetzung und Überprüfung Gender-responsiver Klimapolitik befasst. Des Weiteren sollen die Staaten in ihrer Berichterstattung zur Umsetzung ihrer nationalen Klimaziele (nationally determined contributions, NDCs) berichten, inwiefern Genderaspekte dabei berücksichtigt werden. Ein weiterer Erfolg ist, dass im Beschluss zum Lima Work Programme on Gender die Bedeutung lokalen und traditionellen Wissens und die Beteiligung von „grassroots Frauen“ besonders herausgestellt wurde. Aus unserer Sicht ist die Verlängerung und Erweiterung des Lima Work Programme on Gender und die Tatsache, dass sich wesentliche Forderungen aus der Submission der Beobachtergruppe der Frauen- und Genderorganisationen (Women and Gender Constituency) im Beschluss wieder zu finden sind, ein großer Erfolg.

Trotzdem blieb eine bedeutsame Frage jedoch offen, die der Finanzierung. Es war den Staaten nicht gelungen hier eine Einigung zu finden. Wir fordern die Vertragsstaaten folglich dazu auf, ausreichend finanzielle Mittel für das Klimasekretariat bereitzustellen, damit es die Aufgaben, die ihm das Lima Work Programme on Gender aufgetragen hat auch tatsächlich umsetzen kann. Das Lima Work Programme on Gender muss mit Leben – und in diesem Fall mit ausreichend finanziellen Mitteln – gefüllt werden, damit es keine reine Wunschliste bleibt. Eine wichtige Rolle bei den konkreten Finanzierungszusagen für die Umsetzung des Arbeitsprogramms könnte dabei Deutschland spielen. Die Vertragsstaaten und zivilgesellschaftlichen Organisationen sind nun bis zum 25 Januar 2017 dazu aufgefordert, Submissions für den nächsten Gender Workshop, der im Rahmen der 46. Sitzung der Nebenorgane der Klimarahmenkonvention (Subsidiary Bodies) im Mai 2017 stattfinden wird, einzureichen.

Doch was von Marrakesch übrig bleibt sind vor allem zwei große Herausforderungen:

Erstens müssen alle Länder und allen voran die Industrieländer ihre Treibhausgasreduktionsziele noch massiv nachbessern. Die bisher eingereichten NDCs reichen nämlich bei weitem nicht aus, um die globale Erwärmung auf 2°C, geschweige denn auf 1,5°C zu begrenzen. Stattdessen steuern wir aktuell auf eine Erwärmung um 2,9°C bis 3,4°C zu.

Zweitens gilt es, den internationalen Klimaprozess weiterhin angestrengt und zielstrebig zu verfolgen und zwar auch dann, falls Donald Trump seine Drohungen wahr macht und die USA dem Pariser Abkommen oder sogar der Klimarahmenkonvention den Rücken kehren. Es ist von enormer Dringlichkeit, dass der Rest der Staatengemeinschaft zum Pariser Klimaabkommen steht und entschlossen gegen Versuche den internationalen Klimaprozess zu torpedieren entgegtritt.

Angesichts dieser großen Herausforderungen sind wir enttäuscht über das Versagen der Bundesregierung einen ambitionierten Klimaschutzplan 2050 zu verabschieden. Der Entwurf des Plans, der vom Bundesumweltministerium vorgelegt wurde, wurde von den CSU-geführten Ministerien und besonders durch Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel derart verwässert, dass es uns ein Rätsel ist, wie die deutschen Treibhausgasreduktionsziele (40% bis 2020 und 80-95% bis 2050) realistisch eingehalten werden sollen. Ohne einen konkreten Plan für den Kohleausstieg, ohne ein Nein zu neuen Tagebauen, Massentierhaltung und motorisiertem Individualverkehr wird der Klima(schutz)plan der Dringlichkeit zu Handeln und den Versprechungen, die Umweltministerin Barbara Hendricks bei der Pariser Klimakonferenz gemacht hat bei weitem nicht gerecht. Trotz dieser Enttäuschung freuen wir uns darüber, dass das Bundesumweltministerium zwei Mitarbeiterinnen benannt hat, die von nun an die Verhandlungen mit Genderbezug im internationalen Klimaprozess begleiten sollen.